

Wiesbadener Zeitung

Rheinischer Kurier

Mittelrheinische Zeitung

Beilage „Der Landwirt in Nassau“

erschint 1mal wöchentlich. — Bezugspreis: In Wiesbaden u. bei unseren
and. Vertretungen monatl. 1.40 M., viertel. 4.20 M. Durch die Post monat-
lich 1.60 M., viertel. 4.80 M. ohne Postgeb. Das Postgeb. wird von den
Zeitungsträgern u. durch die Post besonders erhoben. Einzelnummer 10 P.

Amtes Organ der Polizei-Direktion, der Gerichts-
und vieler anderer Staats- und Kommunal-Behörden.

Verlag, Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle: Wiesbaden, Kilsbaderstr. 11.
Fernruf Nr. 5515, 5516, 5517. — Anzeigenpreis: In Wiesbaden und
Provinz Hessen-Nassau 30 Pf., Reklamezeile 1.25 M.; außerhalb 30 Pf., Reklame-
zeile 1.75 M. Seitenpreise u. Rabatt laut Tarif. Sonderbeilagen 6 M. pro 1000.

Nummer 492

Mittwoch, 22. Oktober 1919.

73. Jahrgang

Verordnung.

Um die inländischen Kartoffeln als Düngemittel zu sparen, erläßt General Hauptle, Oberbefehlshaber der französischen Besatzungsarmee der Rheinlande, folgendes:

Artikel 1: Die Ausfuhr von Kartoffeln aus den von der französischen Armee besetzten Gebieten des Saarbeckens mit einverstanden, ist ohne schriftliche Genehmigung von einem deutschen Versorgungsamt verboten; außerdem muß dieselbe vom französischen Oberverwalter beglaubigt und gestempelt werden.

Artikel 2: Jeder Transport von Kartoffeln durch Eisenbahn, Kraftwagen oder Wagen mit Pferdebespannung aus einem Kreis in einen anderen ist ohne vorherige Genehmigung vom Kommunalverband, die vom Verwalter des Abfuhrkreises beglaubigt und gestempelt ist, verboten.

Artikel 3: Jeder Zuwiderhandlende an dieser Verordnung wird durch das französische Militärgericht verfolgt.

Artikel 4: Die Herren Generale, Oberbefehlshaber der verschiedenen Gebiete, die französischen Oberverwalter der Bezirke, die Verwaltung der Kreise, die Eisenbahn-Nachkommission vom betreffenden Gebiet und die Feldgenossenschaft sind mit der Ausführung der gegenwärtigen Verordnung, die sofort nach ihrer Veröffentlichung in Kraft tritt, beauftragt. (5481) ges. Hauptle.

Parlamentarischer Untersuchungsausschuß.

Im Sitzungssaal des Reichstagsgebäudes ist gestern vormittag der zweite Untersuchungsausschuß des parlamentarischen Untersuchungsausschusses zu seiner ersten öffentlichen Sitzung zusammengetreten. Der Ausschuss besteht aus folgenden Herren: Hauptle (Präsident), Borchers (Vizepräsident), Cohn (Mitgl.), Frau Pfaff (Mitgl.) und Schilling (Mitgl.). Geladen und erschienen waren: Bethmann Hollweg, Helfferich und Graf Bernstorff. Als Sachverständige waren geladen: die Professoren Bonn-Münch, Otto Höplich und Schäfer-Berlin. Der Ausschuss erklärte zu Beginn der Sitzung: Der Untersuchungsausschuß ist auf Grund des Art. 34 der Verfassung auf Beschluß der Nationalversammlung gebildet worden. Dem zweiten Untersuchungsausschuß soll die Aufgabe zufallen, über die verfassungsmäßigen Möglichkeiten zu Friedensverhandlungen mit dem Feinde Aufklärung zu schaffen, insbesondere soll die Vermittlungsfunktion des Präsidenten Wilson untersucht werden. Der Vorsitzende wies ausdrücklich darauf hin, daß der Untersuchungsausschuß nur Tatsachen festzustellen habe und kein Schuldspruch abgeben. Ein Urteil zu fällen, sei Sache des Staatsgerichtshofes.

Hg. Dr. Singheim erhaltet das Referat. Der Gegenstand der Beratung ist zunächst die sogenannte Friedensaktion Wilsons. Es haben dem Ausschuss sämtliche Geheimnisse des Auswärtigen Amtes zur Verfügung gestanden. Die Akten des Admiralsstabes des Kriegsministeriums und des Generalstabes werden erst in einem späteren Stadium herangezogen werden. Zur Einteilung des Stoffes ergab sich eine Gliederung in vier Perioden. Die erste geht von dem Ausbruch des Weltkrieges bis zur „Suffert-Note“, die am 4. Mai 1916 an Wilson gerichtet wurde; die zweite Periode reicht vom 4. Mai bis zum 12. Dezember 1916, dem geschichtlichen Tage des deutschen Friedensangebotes; die dritte vom 21. Dezember 1916 bis zum 9. Januar 1917, an welchem Tage im Hauptquartier zu Vaux der sogenannte rückwärtslose U-Bootskrieg beschlossen wurde; die Schlussperiode ist angehängt bis zum 31. Januar 1917, jenem Tage, an dem Wilson bzw. dem amerikanischen Botschafter Gerard eine Note übergeben wurde, die den rückwärtslosen U-Bootskrieg und an dem sofort der Abbruch der diplomatischen Beziehungen Amerikas uns gegenüber erfolgt ist.

Zur ersten Periode ist zu sagen, daß nach den Akten von einer eigentlichen Friedensaktion nicht die Rede sein kann. — Die zweite Periode ist weitest wichtig. Es erfolgte an den Grafen Bernstorff ganz bestimmte Instruktionen, in denen der Botschafter angewiesen wurde, einen Friedensappell herbeizuführen. Die Hauptinstruktion geht zurück auf eine Unterredung mit dem Kaiser, der besonders den Wunsch hegte, Wilson möge diesen Friedensappell an die Kriegführenden richten. Am 18. Oktober hatte Bethmann Hollweg im Hauptquartier zu Vaux mit dem Grafen Burian eine Unterredung, um die Grundzüge des Friedensangebotes zu besprechen. Graf Burian wies darauf hin, daß eine militärische Entscheidung des Krieges nicht zu erwarten sei; man müsse irgendwie den Frieden herbeiführen. Damit war Herr v. Bethmann einverstanden. Dies führte schließlich zu dem Friedensangebot vom 12. Dezember. Es wurde dem Grafen Bernstorff mitgeteilt, daß eine solche Friedensaktion bevorstehe; er möge darauf dringen, daß Wilson möglichst bald die Friedensvermittlung übernehme. Darauf kam ein Brief vom Grafen Bernstorff, der den Schritt Wilsons in dieser Hinsicht spätestens für Neujahr in Aussicht stellte. Es wird nun namentlich die Frage in Betracht kommen, warum es gerechtfertigt war, trotz der Mittelungen des Grafen Bernstorff schon am 12. Dezember die Friedensaktion erfolgen zu lassen.

Die dritte Periode geht vom 21. Dezember, dem Tage der Ueberreichung des Friedensangebotes Wilsons an die Kriegführenden Macht, bis zum 9. Januar, dem Tage der Entschlüsselung zum rückwärtslosen U-Bootskrieg. Das Wesentliche an dem Vermittlungsangebot Wilsons war die Bitte, die konkreten Friedensbedingungen mitzuteilen. Die Antwort des Staatssekretärs Zimmer-

mann enthielt statt dessen keinerlei Andeutung der Friedensbedingungen. Die Hauptforderung des Appells Wilsons war, daß der Status quo wiederhergestellt werde und in Bezug auf Belgien eine Wiedergutmachung der Tot erfolge. Es ist unbedingt notwendig, den Inhalt der Friedensbedingungen kennen zu lernen, die mit Genehmigung des Kaisers und der Obersten Heeresleitung vereinbart worden waren. Eine andere Frage ist die, ob nicht zur damaligen Zeit militärischerseits ein Einfluß ausübt worden ist. Graf Bernstorff machte wiederholt den Versuch, wenigstens vertraulich von der Reichsregierung die Friedensbedingungen nach Washington zu erhalten.

Graf Bernstorff.

Nach dem Referat Singheimers erfolgte die Vernehmung des Grafen Bernstorff. Dieser führte u. a. aus: Wilson verhielt anfangs Ruuhesig nach Friedensausbruch die erste Friedensvermittlung. Im September ließ er einen zweiten Versuch machen, der daran scheiterte, daß die Entente gar nicht antwortete. Als ich eine Audienz bei Wilson bekam, sagte er, wir sollten durch Nachgeben im Unterseebootskrieg einen Appell an die Moral richten, da nur durch eine Verständigung, nicht mehr durch die Waffen der Krieg endgültig entschieden werden könne. Würden wir den Unterseebootskrieg aufgeben, so würde er auf die Aufhebung der englischen Ausnahmegesetze drängen. Das englische Kabinett werde darauf einwirken. Er hoffe, daß damit der Anfang gemacht sei für eine Friedensaktion in artem Stil. Das war am 2. Juni 1915. Nach dem Eintritt Rumänien in den Krieg teilte Oberst Houze dem Grafen Bernstorff mit, daß eine Vermittlung Wilsons „etwa unmöglich“ sei, weil die Entente festgesetzt geworden wäre und Wilson daher abweisen würde. Das deutsche Friedensangebot vom 12. Dezember 1916 sei von der amerikanischen Regierung als eine Gefährdung ihrer Friedensaktion angesehen worden, weil es als eine Schwäche Deutschlands ausgelegt wurde. Das habe Oberst Houze im Auftrag des Präsidenten

Schließlich fragte Singheimer: Rufen Sie Ihre Instruktion in dem Sinne auf, daß Sie Wilson oder Oberst Houze ermutigen oder beeinflussen sollten, eine Friedensaktion zu unseren Gunsten zu unternehmen?

Bernstorff: Ja! (Bewegung.)
Singheimer: War Wilson bereit, diesem Wunsch Rücksicht zu tragen?

Bernstorff: Ja!
Singheimer: War innerhalb dieses Rahmens, der Ihnen anheim war, Wilson bereit, auf eine Friedenskonferenz mit internationaler Grundlage einzugehen, auch ohne konkrete Friedensvorschläge unsererseits?

Bernstorff: Ja! (Bewegung.)
Die Vernehmung wurde darauf auf Mittwoch vertagt.

Erzberger-Helferich.

Berlin, 21. Okt.

Wichtige Abendblätter behaupten unter der Überschrift: „Ein Doppelspiel zum Proseß Helfferich-Erzberger“, daß Erich Dombrowski vom „Berliner Tageblatt“ sein gegen Helfferich verwertetes Material in der Angelegenheit der Kolonialkonzession der Deutschen Bank direkt oder indirekt durch Erzberger erhielt. Demgegenüber erklärt Erzberger, daß er weder von dem Inhalt des Materials Kenntnis gehabt, noch in irgendeiner Weise Dombrowski in der Angelegenheit direkt oder indirekt informierte, vielmehr gelangte die ganze Angelegenheit erst durch die Veröffentlichung im „Berliner Tageblatt“ zu seiner Kenntnis.

Verfassung und Verwaltungsreform in Preußen.

zu Berlin, 21. Okt.

Das „Tageblatt“ erzählt, der Entwurf der preußischen Verfassung ist fertiggestellt und wird in kürzester Zeit dem preußischen Staatsministerium vorgelegt und nach der Besprechung im Ministerrat der preußischen Landesversammlung zugehen. Gleichzeitig mit dem Verfassungsentwurf oder sogleich nachher wird der Landesversammlung ein Entwurf über die Verwaltungsreform zugehen.

Das Ministerium für den Wiederaufbau.

An die Spitze des Ministeriums für Wiederaufbau wurde der Münchener Oberbürgermeister Dr. Gehler berufen. Dr. Gehler hat den Ruf angenommen.

Einschränkungen im Sonntagsverkehr.

Die neuen Einschränkungen im Sonntagsverkehr, die in Süddeutschland infolge des Kohlenmanckes erforderlich wurden und bereits am letzten Sonntag zum erstenmal zur Durchführung gelangt sind, werden auch in Sachsen und auf den preussisch-hessischen Eisenbahnen infolge des Kohlenmanckes in der nächsten Zeit, voraussichtlich schon am nächsten Sonntag, zur Durchführung gelangen. Diese Einschränkungen werden den Fernverkehr sehr stark beschränken. Es ist beabsichtigt, viele Schnell- und Personenzüge nicht mehr an den Sonn- und Festtagen zu fahren. In dieser Maßnahme werden von den Eisenbahndirektionen die erforderlichen Anweisungen vorbereitet. Vor allem soll auf den Milchverkehr, soweit er durch Personenzüge bewältigt wird, besonders Rücksicht genommen werden. Ebenso werden für den Durchgangsverkehr noch einige Schnellzüge auf Sandströcken auch an den Sonntagen verkehren.

Amerikas Zurückhaltung.

zu Haag, 22. Okt.

Der „Nieuwe Courant“ meldet aus Washington, daß die amerikanischen Auswärtige Amt mitgeteilt habe, daß die Vereinigten Staaten in seinem einzigen Ausschuss, der infolge der Friedensverträge mit Deutschland einsetzt, vertreten sein könnten, bevor nicht der amerikanische Senat den Friedensvertrag ratifiziert habe.

Der Kaiser gegen den Kaiserfilm.

Der Kaiser beauftragte seinen Reichsbevollmächtigten gegen Ferdinand Bonn den Verfasser des Kaiserfilms, Klage wegen Beleidigung zu erheben, Mißbrauch seines Bildes und auf Unterlassung der Aufführungen. Die Filme waren bisher nur für Berlin verboten.

Besuch in Amerongen.

zu Washington, 21. Okt. (Neuter.)

Kriegssekretär Baker teilte mit, daß die amerikanischen Truppen zu Polizeizwecken in Schlesien oder irgend einem anderen Land, für welche die Volksabstimmung geplant sei, nicht verwendet werden, bevor nicht der Senat den Friedensvertrag ratifiziert hat.

zu Amsterdam, 22. Okt.

Der „Telegraaf“ meldet, daß Prinz August Wilhelm in Amerongen eingetroffen ist.

Der geplante Spartakusaufstand.

An der schweizer Grenze wurden Kuriers der deutsch-kommunistischen Jungpartei abgefaßt. Sie hatten Briefe bei sich, aus denen hervorgeht, daß für die Zeit vom 7. bis 9. November zur Feier der Revolution in Deutschland eine neue Aktion der kommunistischen Organisation in Aussicht genommen wurde.

Beilegung des Frankfurter Eisenbahnkonflikts.

Zwischen den Frankfurter Eisenbahnern (D. E. B.) und der Eisenbahndirektion ist gestern nachmittag der Konflikt in einer öffentlichen Versammlung des Deutschen Eisenbahnverbandes beigelegt worden. Die Versammlung nahm nach dem Bericht von Mitteilern des Verkehrs-Ausschusses, die am Montag in der fränkischen Angelegenheit in Berlin mit dem Reichskanzler Bauer, dem Ministerpräsidenten Hirth und dem Eisenbahnminister Dezer eine Konferenz hatte, eine Entschleunigung an, in der sie den Beschluß auf Rücktritt des Eisenbahnpräsidenten Dr. Stöckl, des Oberverwaltungspräsidenten Vitzke und des Oberbauamts Strohburg aufhebt und den Beschluß gegenüber dem allgemeinen Eisenbahnverband zurücknimmt. In Störungen und Unruhen kam es in der Versammlung nicht.

Kämpfe bei Petersburg.

zu Helsinki, 21. Okt. Die Nordwestarmee besetzte den Vorort Vulkovo, südlich von Petersburg. Judenitshs Stab rückte nach Karskole Selo über. Bestimmte Kämpfe fanden zwischen der englischen Front und Kronstadt sowie Krasnojarzka statt. Cranienbaum brennt. Die Bolschewiken halten die Bahnstrecke Petersburg-Bitebik besetzt. In Nischna auf Pleskau machte die Weiße Armee Fortschritte. Die Bolschewiken zogen sich südlich vom Weissee hinter den Wolokolosk zurück.

Danach scheint also Petersburg doch nicht mehr in den Händen der Roten Armee zu sein. (D. Schriftl.)

Kartoffeln für Wiesbaden!

Am Montag fand in Laudenbach eine Versammlung der Vertreter der Bauernschaften aus dem westlichen Teile des Unterraumkreises statt, an der auch Oberbürgermeister Glässina und Bäuermeister Travers aus Wiesbaden, Landrat v. Trotha und Direktor Giffinaer als Vertreter der Landwirtschaftskammer teilnahmen. In der Versammlung schilderte Oberbürgermeister Glässina in ausführlicher und nachdrücklicher Weise die Not der Stadtbevölkerung und machte auf die schweren Folgen aufmerksam, wenn die Kartoffellieferung aus den der Stadt anzuwehenden ländlichen Lieferungskreisen versagen sollte. Bäuermeister Travers schloß sich diesen Ausführungen an und gab der Ueberzeugung Ausdruck, daß der Unterraumkreis die Stadt auch in dieser Zeit der schweren Not nicht im Stich lassen werde. Die Worte der beiden Oberbürgermeister verfestigten ihren Eindruck nicht und wurden von dem Leiter der Versammlung, Direktor Lehr aus Nollach, Leiter des Arbeitsausschusses der Kreisbauernschaft, aufs wärmste unterstützt. Die Vertreter der Bauernschaften erklärten einmütig, anlässlich solcher Notfälle alles zu tun, die Kartoffeln reichlich zu liefern. Es wurde beschlossen, in allen Orten aus der Bauernschaft zusammengesetzte Kommissionen zu bilden, die die Bestände sofort aufzunehmen und für die Lieferung zu sorgen hätten.

Stadtnachrichten.

Wiesbaden, 22. Oktober.

Einschränkung des Verbrauchs von elektrischer Arbeit und Gas. Es wird auf die im Anzeigenteil veröffentlichten verschärften Einschränkungsbestimmungen verwiesen. Diermach wird der Straßenbahnverkehr auf das allernotwendigste Maß vermindert und der Verbrauch der Kraftstromabnehmer auf 60 Prozent einschränkt.

Kurhaus, Theater, Vorträge, Vereine, usw.

Cäcilien-Verein Wiesbaden E. V. Unüberwindliche Hindernisse zwingen den Verein, den Termin seiner ersten diesjährigen Aufführung „Das Paradies und die Peri“ auf Sonntag, den 3. Nov. zu verschieben.

Die Literarische Gesellschaft Wiesbaden veranstaltet am Donnerstag, 23. Oktober, ihren zweiten Vortragsabend im Juvallino. Der Tonkünstler und Musikkritiker, Herr Edmund Uhl, der in letzter Zeit mehrfach mit Vorträgen an die Öffentlichkeit getreten ist und damit schöne Erfolge erzielt hat, wird über das für eine liter. Gesellschaft gewiss ansiehende Thema „Görthe und die Musik“ sprechen.

Kassauischer Heimatbund. Der Kassauische Heimatbund hält am Donnerstag, den 23. Oktober 1919, um 3 1/2 Uhr nachmittags, im Stadtverordneten-Sitzungslokal des Rathauses seine diesjährige Hauptversammlung ab.

Vollwirtschaft.

Berliner Börse.

Ernteaufkauf in Pölnitz. Aus Berlin, 21. Okt. wird gemeldet: Die kassauische Aufwärtsbewegung der Pölnitz-Aktien setzte sich heute fort, angeblich auf Käufe für das Ausland; sie bildete das Hauptereignis der heutigen Bourse, denn die Kurssteigerungen waren auf fast allen Märkten überwiegend.

Table with exchange rates for Berlin, 21. October 1919. Columns include V.K., L.K., and various commodity prices like Schantung, Lamberden, Hamburg-Amerika, etc.

Table with exchange rates for Berlin, 21. October 1919. Columns include V.K., L.K., and various commodity prices like Holland, Dänemark, Schweden, etc.

Verantwortlich für deutsche und ausländische Politik: H. Grothaus; für Kunst, Wissenschaft, Unterhaltungs- und volkswirtschaftlichen Zeit: H. E. Eisenberger; für Stadt- und Landnachrichten, Gericht und Sport: Heinz Gortzen; für die Anzeigen: Rob. Gähler; Druck u. Verlag der Wiesbadener Verlagsgesellschaft G.m.b.H. in Wiesbaden.

Café-Restaurant Nonnenhof

Den schweren Zeiten Rechnung tragend, vereinige ich meinen Café-Restaurant-Betrieb vom Samstag den 25. dieses Monats ab in den neu ausgestatteten vergrößerten Räumlichkeiten der I. Etage. Zur Eröffnung der Winter-Saison finden auch die beliebten Nachmittags-Konzerte von 4 bis 6 Uhr wieder statt.

Wir nehmen Zeichnungen auf die neue z. Zt. anliegende 4% Trierer Stadtanleihe von 1919 entgegen. Prospekte bitten wir in unserer Börsenabteilung einzusehen oder anzufordern. Der Ausgabekurs beträgt 99 1/2 %. Direktion der Nassauischen Landesbank.

Waren-Börse in Mainz. Eröffnung: Freitag, den 24. Oktober 1919, vormitt. 11 Uhr. Kasino, Hof zum Gutenberg, Mittl. Bleiche. Regelmäßige Markttag: Dienstags u. Freitags v. 11-1 Uhr.

Imprägnierte, seidene Damen-Mäntel sowie imprägnierte Herren-Mäntel in bester Qualität und zu billigsten Preisen vorrätig. P. A. Stoss Nachf. Taunusstrasse 2. Telefon 227 und 6527.

Cäcilien-Verein Wiesbaden E. V. Die erste diesjährige Aufführung „Das Paradies und die Peri“ findet nicht am 27. Oktober, sondern erst am 3. November statt.

Hochschul-Vorlesungen. Am Montag, 27. Okt. wird Prof. Phil. Stein v. d. Universität Frankfurt a. M. über „Wirtschaft und Persönlichkeit“ sprechen; am Dienstag, 28. Okt. Geh. Reg.-Rat und Stadtschulrat Prof. Dr. Jul. Ziehen v. d. Universität Frankfurt a. M. über „Schul- und Bildungsfragen“.

Das Zentralbüro der für die Stadtverordnetenwahlen vereinigten bürgerlichen Parteien befindet sich für die Wahlzeit Michelsberg 2, Fernruf 176.

Verordnung über die Einschränkung des Verbrauchs von elektrischer Arbeit und Gas. Im Einvernehmen mit der französischen Behörde werden von heute ab nachfolgende Einschränkungen im Verbrauch von elektrischer Arbeit und Gas eingeführt: 1. Der Verkehr der elektrischen Straßenbahnen wird im Inneren der Stadt vermindert.

Vereinigung für Wiesbadener Hochschul-Vorlesungen: Beckmann, Pfarrer, Dr. A. Dyckerhoff-Biebrich a. Rh., Prof. Dr. W. Fresenius, Guttman, Justizrat, Krekel, Landeshauptmann und Geh. Reg.-Rat, Dr. B. Laquer, San.-Rat, Meisner, Pfarrer, Neizert, Landgerichtsdirektor, Dr. O. Neuberger, Anna Reben, Prof. Schmitt, Direktor des Städt. Lyzeums I.

Deutsche Volkspartei. Bezirksvereinigung 4. Donnerstag, den 23. Oktober, nachmittags 5 Uhr im „Terminus“ Kirchgasse 23. Frau H. Dornblüth, Vorsitzende.